

Riefaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift
Tageblatt Riefa,
Herrn Nr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riefaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riefa, des Rates der Stadt Riefa, des Finanzamts Riefa und des Hauptamts Meissen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachamt
Dresden 1580,
Wizolasse:
Riefa Nr. 52.

Nr. 133.

Mittwoch, 11. Juni 1930, abends.

83. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 8 mm hohe Grundchrift-Beile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 59 mm breite Flektamzelle 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kustidag, feste Tarife. Gemildeter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riefa. Wöchentliche-Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riefa. Geschäftsstelle: Gortzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riefa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riefa.

Ablehnung des Deckungsprogramms.

Die deutschen Parteien und ihre Presse lehnen die Deckungsvorlagen des Reichsfinanzministers Dr. Molkenhauer, auf die sich das Reichskabinett unmittelbar vor Pfingsten grundsätzlich einigte, noch bevor sie im Wortlaut erschienen sind, mit seltener Einmütigkeit ab. Dabei verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß weder die Parteiführer noch die Presse der Deutschen Volkspartei den Vorschlägen des Parteifreundes Dr. Molkenhauer beifolgt.

Es überrascht, daß jene Presse, die bisher das Kabinett-Prinzip unerschrocken unterstützte, von dem neuen unzulänglichen Deckungsprogramm des Kabinetts entschieden abtrifft. Was der Reichsfinanzminister vor hat, schreibt die „Berliner Börsenzeitung“, ist nicht nur eine Sünde an der deutschen Wirtschaft, sondern auch ein Vergehen gegen die Grundlagen der Kultur, wie sie der Mittelstand allen sozialistischen Angriffen zum Trotz sich noch erhalten hat. Es mutet eigenartig an, daß gerade der Versicherungsgesellschaft Professor Molkenhauer den wahren Versicherungsgehalt, der der Schaffung der Arbeitslosenversicherung noch zuzurechnen liegt, einfach verkennt, indem er sich zu den Prämienleistungen heranzieht, die in den Genuss der Versicherungssumme nie kommen. So entspricht es auch weiter durchaus nicht einer bürgerlichen Gesellschaftsauffassung, wenn gerade diejenigen Bevölkerungsklassen, die sich gegen derartige Einkommensentziehungen am schlechtesten wehren können, als Versuchungsobjekt für Pläne herangezogen werden, deren Wiederholung nur zu bequem erscheint.

Die „Kreuzzeitung“ des Grafen Westarp meint: Dieses Steuerprogramm, oder richtiger gesagt, diese Einkommenskonfiskation, mag die Regierung wackersten Schichten des Volkes anzusetzen, bevor überhaupt noch alles versucht wurde, die Arbeitslosenversicherung aus sich zu sanieren.“ Das ganze Programm frant, schreibt zusammenfassend die dem Reichsfinanzminister Schiele nahestehende „Deutsche Tageszeitung“, an einem absoluten Mangel schöpferischen Wiedererbaubarens, und von Ideen überbaut. Es ist primitivste Latenarbeit, die ein erschreckendes Maß wirtschaftlicher Kurzsichtigkeit und sozialpolitischer Einseitigkeit in sich trägt, und in dieser Form ganz und gar ungeeignet, eine dauernde Gehaltung unserer Finanzen und unserer Wirtschaft zu bringen.

In der Ausführung von Vorkesseln dieser Art können wir noch eine geraume Zeit fortfahren, doch will es uns zweckmäßig erscheinen, auch der Linken das Wort zu geben und die Auffassung des „Demokratischen Zeitungsboten“ wiederzugeben: „Die Steuerentwürfe des Reichsfinanzministers Molkenhauer werden in der Form, wie sie jetzt bekanntgegeben sind, bestimmt nicht Gesetz werden. Sie sind, und das gilt besonders für das jenseitige Notopfer, so schlecht gearbeitet, daß man an der Weisheit des Finanzministeriums verzweifeln muß. Wir wissen freilich, daß die Herren es überhaupt nicht fertig gebracht haben, ein Steuerprogramm organisch zu gestalten, aber wenn sie uns jetzt schon brutal kommen müßten, dann hätten sie doch nicht solch eine Pflückerarbeit vorlegen sollen.“

Aus dieser einmütigen Ablehnung des Deckungsprogramms Dr. Molkenhauers verdient das Notopfer und die Ledigensteuer besonders hervorgehoben zu werden. Beide Steuern sollen zusammen 350 Millionen RM. einbringen. Die Ledigensteuer allein, die alle Klassen und Volksschichten von Einkommensteuerpflichtigen erfaßt, wird auf 100 Millionen RM. geschätzt. Diese hohe Summe kann nur deshalb angelehrt werden, weil die Ledigensteuer keine Grenzen nach unten kennt, einfließen auch kleinerer Härteparagrafen aufweist, sondern schlechterdings alle Ledigen, einerlei ob Mann oder Frau, gleichgültig ob sie Gehalt oder Lohn beziehen, zur Steuer heranzieht.

Das Notopfer allein trifft 1,2 bis 1,5 Millionen Steuerpflichtige. Diese haben im Durchschnitt in den nächsten neun Monaten 200 Mark auszubringen, monatlich also rund 22 Mark. Dabei ist die Schätzung außerordentlich optimistisch, denn es ist noch längst nicht ausgemacht, daß diese Summe tatsächlich auskommt. Wenn die tatsächlichen Einkünfte hinter den voranschlägen zurückbleiben, was dann? Im übrigen ist der Umfang der Steuerpflichtigen, die zum Notopfer herangezogen werden, wie sich jetzt zeigt, viel größer als ursprünglich angenommen wurde. Auch das Notopfer selbst erfaßt die Steuerpflichtigen weitestgehend stärker, als heute noch allgemein geglaubt wird. Bei einem Einkommen von 1000 Mark erfordert das Notopfer einen Zuschlag von 40 Mark und bei einem Beamtengehalt von 500 Mark einen solchen von 20 Mark. Die vom Notopfer betroffenen Einkommensteuerpflichtigen zahlen zu ihren bisherigen 10 Prozent weitere 4 Prozent, also insgesamt 14 Prozent ihres Einkommens als Steuer. Praktisch heißt das Notopfer noch bedenkllicher aus, denn es ist schließlich eine Erhöhung des Gesamtsteuerbetrags um die Hälfte, da bisher bei der Einkommensteuer das Existenzminimum berücksichtigt blieb. Für zahlreiche Beamte und Angestellte liegt der Notopferbetrag nicht nur um 50, sondern um 60 und noch mehr Prozent, nämlich für alle jene Notopferpflichtigen, die bisher infolge der Frauen- oder Kinderermäßigung tatsächlich weniger als 10 Prozent Einkommensteuer bezahlten.

Läßt man diese Tatsachen und Tendenzen auf sich wirken, dann kann man schon verstehen, daß die dem

Lohn- und Preisabbau in der Eisenindustrie.

Der Schiedspruch für die Gruppe Nordwest für verbindlich erklärt.

Der Reichsarbeitsminister Stegerwald hat den Schiedspruch für die nordwestdeutsche Eisenindustrie, der bekanntlich für gewisse Arbeitergruppen eine 10%ige Herabsetzung der Akkordlöhne auspricht und der von den Gewerkschaften abgelehnt worden war, für verbindlich erklärt.

In den Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium am 5. Juni haben die Arbeitgeber erklärt, sie wollten ihre Absicht, bis zu 10% der gesamten Lohn- und Gehaltssummen zu kürzen, dahin ändern, daß mit Rückwirkung vom 1. Juni eine Kürzung um nur 7% eintreten soll. Für das Ausmaß der Preisentzungen wollen die Arbeitgeber gleichfalls neue Vorschläge machen, die aber bisher noch nicht vorliegen und zunächst den Wirtschaftsorganisationen zur Zustimmung vorgelegt werden sollen. Auf jeden Fall soll aber der Preisabbau über 7% hinausgehen, also höher sein als der Lohnabbau.

Grundsätzlich haben also die Arbeitgeber zugegeben. Es ist nicht einmal mehr davon die Rede, daß der Preisabbau dem Lohnabbau vorausgehen soll. Die Gewerkschaften haben den Schiedspruch bis zum letzten Augenblick bekämpft, man muß auch mit weiteren starken Kämpfen rechnen. „Es ist ganz ausgeschlossen“, so schreibt der „Vorwärts“, „daß die Arbeiterklasse sich ihre schwer erlangten Löhne durch Schiedsprüche einfach reduzieren läßt, und wenn diesen Schiedsprüchen die Verbindlichkeitsklärung zu Hilfe kommt. Es ist nicht weniger sicher, daß die Gewerkschaften ihre ganzen Kräfte einsetzen werden, um ein derartiges Attentat auf die Lebenshaltung der Arbeiterklasse abzuwehren.“

Inzwischen hat auch der beredauliche Verein in Offen über die Möglichkeit einer Lohn- und Preisentzungen im Ruhrabbau verhandelt. Die überwiegende Zahl der Ruhrabnehmer hat sich bereits für eine Preisermäßigung ausgesprochen haben unter der Voraussetzung, daß auch eine Lohnentzungen zugestanden wird.

Die Preisentzungenaktion und die sozialistischen Gewerkschaften.

* Berlin. Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ nimmt ausführlich zu dem Schiedspruch in der Eisenindustrie und den Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband Stellung. Er schreibt u. a.:

Die Absichten der Unternehmer laufen auf die Durchführung von Lohnsenkungen hinaus, wobei man die Entfesselung von Wirtschaftskämpfen vermeiden möchte. Wir erkennen an, daß eine Wirtschaftsebebung von der Senkung des gesamten Preisniveaus abhängig ist. Entscheidend für die Senkung des allgemeinen Preisniveaus ist eine starke Ermäßigung der Monopolpreise der Kartellindustrie, besonders der Eisen- und Kohlenpreise. Inlandsabzug und Exportverkäufe der verarbeitenden Industrie leiden am schwersten unter diesen Monopolpreisen, die trotz der Senkung der Schrottpreise und Erzfachten und trotz größerer Konjunktur- und Selbstfinanzierungsergebnisse auf einem im Vergleich zum Weltmarkt unerträglich hohen Niveau gehalten werden.

Zu welcher Lohnpolitik können die Gewerkschaften sich bereiterklären, wenn das allgemeine Preisniveau zurückgeht? Hier entscheidet die Frage, welches Preisniveau gemeint ist. Der Index der Großhandelspreise darf nicht in Frage kommen, nur der Kleinhandelsindex, mit anderen Worten (trotz der Unzulänglichkeit seiner Berechnung) der Index der Lebenshaltungskosten. Darauf müssen die Gewerkschaften um jeden Preis bestehen, sonst ergäben sich schließlich Indexlöhne nach einzelnen Industrieerzeugnissen mit ihren volkswirtschaftlich einfach phantastischen Widersprüchen. Dabei ist dreierlei zu beachten: Nicht die Löhne, sondern die Effektivlöhne müssen der Ausgangspunkt sein. Die Effektivlöhne können, weil sie schon erheblich gesunken sind, zur Anpassung an den Index wohl nur wenig gesenkt werden. Die arbeitenden Massen haben in neuen Verbrauchsteuern und -Bölen schon eine die Lohnkraft senkende Vorleistung gebracht.

Wirtschaftsfrönder als Verhandlungen über Löhne und Preise könnten Verhandlungen über Arbeitsbeschaffung und ausländische Kapitalzufuhr sein, besonders über die in einzelnen hyperinflationären Industrien mögliche Verknüpfung der Arbeitszeit (Chemie, Eisen, Papier, Kohle usw.), vor allem über eine durchgreifende Kartellreform.

Die Pariser Bantiertkonferenz.

Das Ergebnis der Beratungen über die Emission der ersten Young-Anleihe.

Paris. Heute nacht sind die Beratungen über die Emission der ersten Young-Anleihe zum Abschluß gelangt. Wie die Agentur Havas berichtet, teilt die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich mit, daß die Zeichnungsanteile der einzelnen Länder folgende sind: Deutschland 86 Millionen Reichsmark, Belgien 85 Millionen Belga, Vereinigte Staaten 98,25 Millionen Dollar, Frankreich 2,215 Milliarden Francs, Großbritannien 12 Millionen Pfund Sterling, Italien 110 Millionen Lire, Niederlande 78 Millionen Gulden, Schweden 110 Millionen Kronen, Schweiz 72 Millionen Schweizer Franken. Die Emission wird im Laufe dieser Woche in den neun in Frage kommenden Ländern erfolgen. Der Emissionskurs wird 90 Prozent betragen, außer für Frankreich, wo der Emissionskurs wegen der Verteilung des Wertpapiers von der Steuer 98 Prozent betragen wird. Die Emission wird sich auf insgesamt 340 bis 350 Millionen Dollar belaufen.

Paris. Die Agentur Havas berichtet, daß die Einigung der Bankiers über die Emissionsbedingungen der ersten Young-Anleihe nachts um 1 Uhr erfolgte. Die Vertreter der Banken haben die vorliegenden Abkommen in dieser Stunde unterzeichnet. Sie haben im Laufe des gestrigen Tages von 10 bis 14,30 Uhr, von 16 bis 21 Uhr und von 22,30 bis 1 Uhr nachts beraten. Unterzeichnet wurden in der Nacht das Abkommen über die allgemeine Verpflichtung, die Deutschland gegenüber der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich übernimmt, die Sonderabkommen jeder Bankgruppe mit Deutschland sowie mit der BIZ, und der Emissionsprospekt. Die Tatsache, daß nicht 300, sondern 340 bis 350 Millionen Dollar angesetzt

werden, ist notwendig geworden, um die Kommission für die Banken und die sonstigen Aufwandskosten zu decken. Die Beratung über den Kommissionsfuß der Bankiers in den verschiedenen Ländern habe, so berichtet Havas weiter, zu heißen Diskussionen Anlaß gegeben. Man habe sich auf eine von dem Gouverneur der Bank von England, Montagu Norman, vorgeschlagene Formel geeinigt, wonach die amerikanische Bankengruppe entsprechend den Verhältnissen in Amerika eine höhere Kommission erhalte als die übrigen Bankengruppen. Die amerikanische Gruppe erhalte vier Prozent. Auch die Festlegung des Emissionskursums habe einen eingehenden Meinungsaustrausch notwendig gemacht. Das französische Schahamt erhalte bei dem für Frankreich 86 Prozent betragenden Ausgabekurs acht Prozent als Summe der Kapitalisierung der für Frankreich nicht erhobenen Steuern, errechnet auf 35 Jahre, sofort zurückzuerstatten.

Financial News über Dr. Luther.

London. Zu der Meldung, daß heute nacht eine Vereinbarung über die erste Young-Anleihe erzielt worden ist, sagt der Pariser Korrespondent der „Financial News“: Dr. Luther hat bis zum letzten Augenblick energisch für die Interessen seines Landes gekämpft. Nicht ein Punkt ist seinem Absterben entgangen. Infolge des besonderen Charakteres einiger Punkte erklärt es sich, daß der Nachfolger Dr. Schachts sechs erfahrene juristische Sachverständige mitgebracht hatte.

Reichskabinett Dr. Brüning so nahebedehende „D. A. J.“ zu dem Ergebnis gelangt: „Die Regierung hat allen Anlaß, sehr eingehend und ehrlicher als bisher Rechenschaft über diese Dinge zu erstatten. Sie ist dazu verpflichtet, wenn sie einem so oberwilligen, aber derart ausgeprägten Stande, wie ihn die Beamten und Angestellten

darstellen, auf dem Wege einer Sondersteuer neue ungeheure Lasten zumutet.“ Wir geben diese Meinungsäußerung gerne wieder und sind gespannt darauf, welchen Eindruck sie auf das Reichskabinett Dr. Brüning macht und welche Antwort sie auslösen wird.